

Vermerk

I.

Die Stadtfraktion DIE LINKE legt einen Beschlussvorschlag vom 12.6.2023 mit folgendem Inhalt vor:

*„Die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde bittet den Bürgermeister eine Initiative unter den Mayors for peace zu starten, mit dem Ziel eines Friedensappells an die Bundesregierung.*

*Dieser Appell sollte beinhalten, dass die Eskalationsspirale der immer weiteren Waffenlieferungen gestoppt werden muss und die Kommunen deutlich stärkere diplomatische Anstrengungen von der Bundesregierung erwarten. Dieser von Putin vom Zaun gebrochene Krieg wird keinen militärischen Sieger kennen – das Töten muss gestoppt werden. Ein sofortiger Waffenstillstand muss die Grundbedingung für Friedensverhandlungen sein.*

*Der Bürgermeister soll der SVV bis zu Beginn des dritten Quartals 2023 über seine Initiativen und deren Ergebnisse berichten.“*

Begründet wird der Beschlussvorschlag im Wesentlichen damit, dass sich die Situation in der Stadt Eberswalde verändert habe. Es wurden Flüchtlingen aus der Ukraine aufgenommen und es werden weitere Flüchtlinge erwartet. Es habe kriegsbedingte Preissteigerungen gegeben, welche zu einer Mehrbelastung der Bürger geführt haben.

II.

Sofern die StVV sich mit der Beschlussvorlage befasst, verstößt sie gegen Art. 32 Abs. 1 GG. Sie ist sachlich unzuständig. Eine Gemeinde überschreitet die gesetzten rechtlichen Schranken, wenn sie zu allgemeinen, überörtlichen, vielleicht hochpolitischen Fragen Resolutionen fasst oder für oder gegen eine Politik Stellung nimmt, die sie nicht als einzelne Gemeinde betrifft, sondern der Allgemeinheit eine Last aufbürdet oder sie allgemeinen Gefahren aussetzt. Insoweit sind alle Gemeinden in ihrer Gesamtheit gleich betroffen.

Die Außen- und Verteidigungspolitik obliegt jedoch dem Bund.

Ein erforderlicher, spezifischer Ortsbezug ist weder in den Forderungen noch aus der Begründung zu erkennen. Auch andere Gemeinden haben Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Die Preissteigerungen betreffen alle Kommunen bundesweit.

Es werden Aussagen zu außen- und verteidigungspolitischen Themen gemacht.

Daher ist der Beschlussvorschlag unzulässig.

Aber auch inhaltlich hat er keine Aussicht auf Erfolg. Das Netzwerk Mayors for Peace will das Ziel erreichen, dass Nuklearwaffen niemals mehr zum Einsatz kommen. Die Gründer des Netzwerks sind die Bürgermeister der Städte Hiroshima und Nagasaki in Japan.

Das Netzwerk ist der Ansicht, dass die einzige Garantie zum Schutz der Menschheit und des Planeten vor der Bedrohung durch Nuklearwaffen die vollständige Abschaffung dieser Waffen sei. Damit ist die Agenda des Netzwerkes nicht deckungsgleich mit dem im Beschlussvorschlag formulierten Anliegen. Das Netzwerk dürfte der falsche Adressat sein.

15.6.2023

Wincierz

Rechtsamt